

*Herrn
Präsidenten des Bgld. Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 21. Oktober 2015

Selbstständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits
Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend mehr
Finanzpolizei zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom _____ betreffend mehr Finanzpolizei zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping

Aktuell zeigt sich am burgenländischen Arbeitsmarkt eine zwiespältige Situation: Einerseits steigt die Zahl der Beschäftigten kontinuierlich von Monat zu Vorjahresmonat an. Im Juli 2015 verzeichnete das Burgenland einen neuerlichen Beschäftigungsrekord mit (laut AMS) 104.784 unselbstständig Beschäftigten im Burgenland – um satte 1,4 % mehr gegenüber Juli 2014. Die Anstrengungen der Landesregierung für mehr Beschäftigung, wie Wirtschafts- und Arbeitnehmerförderung, zeigen also Wirkung.

Andererseits steigt aber auch gleichzeitig mit der Beschäftigung – entgegen langjähriger Lehrmeinung – die Arbeitslosigkeit. Hauptgrund dafür ist ein kräftiges Plus beim Arbeitskräftepotential, im Rekordmonat Juli 2015 beispielsweise um 1,8 %.

Statistik Austria beleuchtete die Gruppe der unselbstständigen Beschäftigten aus dem Ausland in einer neuen Studie genauer. Demnach sind 2013 – das sind die letztverfügbaren Daten – 16.160 unselbstständig Beschäftigte mit Wohnsitz im meist nahen Ausland zu ihrem Arbeitsplatz ins Burgenland eingependelt. Das Burgenland verzeichnete mit 16,6 % den höchsten Anteil an Einpendlern aus dem Ausland, gemessen an allen unselbstständig Beschäftigten im Land. Kein anderes Bundesland kommt bei der gleichen Berechnung auf mehr als 5 %.

Insgesamt entsteht damit ein deutliches Ungleichgewicht im Osten Österreichs. Während beispielsweise ein Vorarlberger in allen vier Himmelsrichtungen attraktive Arbeitsmärkte mit ähnlichem oder höherem Lohnniveau vorfindet, liegt das Burgenland an einer Wohlstandskante. Ein Arbeitsplatz jenseits der grünen Grenze scheint für Beschäftigte aus Österreich wirtschaftlich kaum attraktiv. Dieses Ungleichgewicht sorgt für zusätzlichen Druck am ostösterreichischen Arbeitsmarkt und begünstigt Fälle von illegaler Unterentlohnung.

Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping am Abstellgleis

Umso wichtiger wären effektive Kontrollen gegen Lohn- und Sozialdumping. In Österreich besagt das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die gleichen (österreichischen) Bedingungen vorfinden müssen. Das heißt, alle hier tätigen Beschäftigten sind auch entsprechend den österreichischen Kollektivverträgen zu entlohnen. Insbesondere das Burgenland hat diesen wichtigen Schutzschirm des heimischen Arbeitsmarktes mit Nachdruck eingefordert. Ein Gesetz ist aber nur so gut, wie es effektiv umgesetzt wird.

Entgegen Lippenbekenntnissen für mehr Personal für die zuständige Finanzpolizei ist allerdings aus den zuständigen Ministerien eher das Gegenteil zu hören. Aktuell versehen im Südburgenland fünf Beamte der Finanzpolizei ihren Dienst. In Eisenstadt sollen – zuständig für das Nordburgenland und den niederösterreichischen Bezirk Bruck an der Leitha – neun Finanzpolizisten tätig sein. Sechs der Beamten sind aber derzeit im unterstützenden Flüchtlingseinsatz für das Innenministerium tätig. Damit bleiben zeitweise lediglich drei Finanzpolizisten – acht für das gesamte Burgenland und den Bezirk Bruck an der Leitha – für den tatsächlichen Kontroll-Einsatz. Ihre Aufgabe ist aber nicht nur der Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping, sondern beispielsweise auch die Kontrolle von kleinem Glücksspiel und NoVA-Flüchtlinge.

Statt die Finanzpolizei mit ihrer Aufgabe entsprechenden Personalressourcen auszustatten, soll das Aufgabengebiet des Standorts Eisenstadt dem Vernehmen nach sogar erweitert werden: Zunächst mit Jänner 2016 um den Flughafen Wien-Schwechat und neuerlich im Jänner 2017 mit der Vergrößerung des Bezirks Bruck an der Leitha um Gemeinden des bisherigen Bezirks Wien-Umgebung. Im Verantwortungsbereich von Finanzminister Dr. Hans Jörg Schelling bedeutet das für die Finanzpolizei aus heutiger Sicht gleich wenig Personal bei immer größerem Einsatzgebiet.

Mehr Personal für effektive Kontrollen notwendig!

Der Burgenländische Landtag fordert daher mehr Personal für die Finanzpolizei, damit nicht nur effektiv kontrolliert, sondern auch Kontrollen regelmäßig am Wochenende und nach Feierabend durchgeführt werden können. Das Ziel muss es sein, dass es keinesfalls eine wirtschaftliche Begründung von Verstößen gegen das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz geben kann – auch nicht durch Spekulation auf seltene Kontrollen.

Aus Sicht des Burgenländischen Landtags muss der Finanzminister daher für das heutige Einsatzgebiet der Finanzpolizei im Burgenland zumindest 50 Finanzpolizisten bereitstellen. Bei zukünftigen örtlichen und sachlichen Aufgabenerweiterungen ist auch der Personalstand dementsprechend neuerlich zu erhöhen. Außerdem müssen die Verantwortlichen bei Verstößen in jedem Fall zur Verantwortung gezogen werden, auch wenn sie oder ihr Unternehmen nicht in Österreich beheimatet sein sollten oder sie versuchen, sich ihrer Verantwortung zu entziehen.

Einer möglichen negativen Angleichung des österreichischen Lohnniveaus an das benachbarte Ausland zum Nachteil insbesondere der Burgenländerinnen und Burgenländer ist präventiv und mit aller Kraft entgegen zu treten. Lohndumping geht

mittelfristig mit Preisdumping zum Schaden der heimischen Unternehmen einher. Daher sind effektive Kontrollen nicht nur ein wichtiger Schutz der bestehenden Beschäftigten, sondern auch der burgenländischen Unternehmen und Arbeitsplätze.

Den derzeitigen und zukünftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzpolizei ist ein großer Dank dafür auszusprechen, dass sie trotz geringem Personalstand, aber mit viel persönlichem Engagement und Know-How für die derzeit bestmöglichen Kontrollen gegen Lohn-, Sozial und Preisdumping sorgen.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, zum Zweck des Schutzes der burgenländischen Beschäftigten und Unternehmen an den Bundesminister für Finanzen heranzutreten, als Akutmaßnahmen

- zumindest 50 Finanzpolizisten für das heutige Einsatzgebiet der Finanzpolizei mit Standort im Burgenland bereitzustellen
- für effektive Kontrollen der Finanzpolizei, insbesondere auf Einhaltung des Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetzes, nicht nur während der Normalarbeitszeiten, sondern auch am Wochenende und nach Feierabend zu sorgen

sowie

- bei zukünftigen örtlichen und sachlichen Aufgabenerweiterungen der Finanzpolizei dementsprechend neuerlich und rechtzeitig mehr Personal zur Verfügung zu stellen
- in seinem Zuständigkeitsbereich bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit nicht nur regelmäßig kontrolliert wird und mögliche wirtschaftliche Gründe für Lohn- und Sozialdumping unbedingt entfallen, sondern auch die Verantwortlichen bei Verstößen rasch und grenzüberschreitend zur Verantwortung gezogen werden.